

Free Software Foundation Europe

1. Planen Sie, Freie Software zu fördern? Wenn ja: wie? Planen Sie auch, gezielt kleine und mittelständische Freie-Software-Unternehmen zu fördern; und wenn ja, wie?

Ja, wir planen die Förderung von Freier Software durch ein Festhalten am bzw. einem noch konsequenteren Durchsetzen des Bekenntnisses zur Strategie offener Standards und Plattformunabhängigkeit bei der Beschaffung von Software im Rahmen der öffentlichen Verwaltung sowie öffentlicher Unternehmen.

In diesem Zusammenhang haben und werden wir weiterhin, insbesondere auch im Rahmen des städtischen IT-Dienstleistungszentrums, einen verstärkten Aufbau von Angeboten und Kompetenzen im Bereich Freier Software verfolgen.

Desweiteren ist vor allem zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen ein Ausbau entsprechender Vernetzungs- und Förderangebote geplant, um die "Open-Source-Region" Berlin zu stärken. Hierbei gilt es auf den Ergebnissen der Potentialanalyse der TSB Berlin (http://www.tsb-berlin.de/data/files/Downloads/Publikationen_aktuell/Studien-Potenzialanalyse.pdf) aufzubauen bzw. die diesbezüglichen Initiativen wie bspw. <http://www.opensourceberlin.de> weiterhin zu fördern bzw. auszuweiten.

2. Bei unfreier Software bestimmt allein der Hersteller, wer die Software verändern darf. Dies führt zu Dienstleistungsmonopolen und, damit verbunden, zu Herstellerabhängigkeit. Planen Sie, etwas gegen diese Dienstleistungsmonopole im Softwarebereich zu tun?

Die oben ausgeführten Strategien der Plattformunabhängigkeit und offenen Standards verfolgen genau dieses Ziel reduzierter Herstellerabhängigkeit. Allerdings ist das ein längerfristiger Prozess, da eine kurzfristig-flächendeckende Umstellung auf Open-Source-Produkte sowohl finanziell als auch organisatorisch derzeit noch zu aufwändig ist.

3. Eine konsequente Umsetzung Offener Standards in der öffentlichen Verwaltung ermöglicht einen Wettbewerb unter Software-Unternehmen. Stimmen Sie der Definition Offener Standards unter <http://www.fsfe.org/projects/os/def.de.html> zu? Treten Sie für einen konsequenten Einsatz Offener Standards in der Verwaltung ein und wenn ja: Wie wollen sie dabei vorgehen?

Wir stimmen der Definition offener Standards der FSFE zu und wollen diese Definition bei zukünftigen Ausschreibungsverfahren berücksichtigen.

4. Beabsichtigt Ihre Partei, den Einsatz Freier Software in Bildungseinrichtungen zu fördern, um keine Produktschulung, sondern herstellerunabhängige Grundlagenschulung zu fördern? Wenn ja, wie?

"Wir wollen eine Teilhabe aller an den Neuen Medien und wenden uns gegen die drohende informationelle Spaltung der Gesellschaft." (vgl. BERLINprogramm, S. 28). Darum treten wir für eine verbesserte Vermittlung von Medienkompetenz an den Berliner Schulen und Volkshochschulen ein. Hierbei muss auch die Vermittlung von der Idee und die Nutzung von Open-Data eine wichtige Rolle spielen.

Darüber hinaus setzt sich die SPD Berlin dafür ein, dass Open-Data - also auch die Themen "frei verwendbare behördliche Daten" und "transparente Verwaltung" - im Lehrauftrag der politischen Bildung einen angemessenen Platz erhält und Schulen sowie die Landeszentrale für politische Bildung Berlin ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ferner muss bereits in der Ausbildung von zukünftigen Mitarbeitern der Verwaltung der Umgang mit Open-Data vermittelt werden.

Die neue Zentral- und Landesbibliothek am Standort Tempelhof werden wir als „digitales Zentrum des Wissens“ auf der Basis freier Software errichten.

5. Viele Behörden machen auf ihren Webseiten Werbung für unfreie Software, z.B. in Form von Adobe Acrobat Reader (<http://fsfe.org/campaigns/pdfreaders/buglist.de.html#DE>). Was ist Ihre Meinung zu dieser Form von Werbung für unfreie Software und was werden Sie diesbezüglich tun?

Wir werden eine diesbezügliche Überprüfung sämtlicher städtischer Webseiten durch das IT-Staatssekretariat anregen.

6. Software fällt in Deutschland unter das Urheberrecht und wird, wie Literatur auch, vom Patentrecht ausgeschlossen. Trotzdem werden Softwarepatente von Patentämtern erteilt. Dieses zusätzliche Monopol verhindert Wettbewerb, führt zu Rechtsunsicherheit für Software-Unternehmen und schädigt die Innovation aller europäischen Unternehmen. Was ist Ihre Position zu Software-Patenten? Wie wollen Sie den Schaden für die deutsche Wirtschaft verhindern?

Wir lehnen eine Erteilung von Software-Patenten ab. Leider sind die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen nicht Landessache. Als SPD Berlin sprechen wir uns aber explizit gegen die Ermöglichung von Software-Patenten auf europäischer oder Bundesebene aus.